Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

23.12.1874 (No. 298)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 18 in Karlsruhe.

Nro. 298. Erscheint täglich (Montag ausgen.). Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. Mittwoch 23. Dezember Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. 1874.

Abonnements-Einladung.

Indem wir unsere Freunde zum Abonnement auf das erste Quartal 1875 einladen, bemerken wir, daß unser Blatt in dem Bestreben, das würdige Hauptorgan der kath. Volkspartei in unserm Lande zu sein, von Neujahr ab mit telegraphischen Bureaus in Verbindung treten wird. Ferner sind in den größeren Städten unseres Landes ständige Correspondenten gewonnen; auch werden wir durch vermehrte Beilagen dem Leser eine reiche Auswahl des Stoffes bieten können.

Der Preis des Blattes beträgt ohne Postaufschlag vierteljährlich 2 Mark 60 Pfennige.

Anzeigen werden zu 12 Pfennigen für die Petitzeile oder deren Raum berechnet.

Redaction u. Verlag des Bad. Beobachters.

PC. Deutscher Reichstag.

(Schluß.)

Abg. v. **Bennigsen.** Der Herr Vorredner wird vielfach und namentlich aus den Reihen seiner Freunde als ein Muster politischen Scharfsinnes und Tactes hingestellt; ich bin indessen nicht im Stande, in seiner so eben gehörten Rede einen Beweis dafür zu erblicken. Der Herr Vorredner hat selbst zweimal einem königlichen Ministerium angehört und bis heute auf den Namen eines conservativen Politikers noch nicht Verzicht geleistet und sollte darum wissen, daß solche Fonds für keine Regierung entbehrlich sind und sie darum bewilligen, wenn er auch der Opposition angehört. Er hat überhaupt hier viele Dinge berührt, die nicht hierher gehören und statt den Fonds des auswärtigen Amtes die preußischen Fonds angegriffen, was auf mich den Eindruck der Verlegenheit gemacht hat. Indessen hat der Antrag das Gute, daß er uns Gelegenheit gibt, den Fonds trotzdem zu bewilligen und dadurch dem Leiter unserer Politik mehr Vertrauen zu schenken. (Bravo! links.) Ferner hat der Herr Vorredner dem Kanzler die Menge Preßprocesse vorgeworfen, die er führe, und scheint darin nur den Ausfluß großer persönlicher Gereiztheit zu erblicken. Das ist aber eine durchaus falsche Anschauung, denn wenn er in regierungsfeindlichen Blätter angegriffen wird, so gilt das nicht seiner Person an sich, sondern es gilt dem Leiter der nationalen Politik und dieser selbst, gegen die Sie (im Centrum) immerhin erbittert, aber auch erfolglos ankämpfen mögen. Namentlich habe ich mich gewundert, wie Seitens der Ultramontanen Partei der Versuch gemacht werden konnte, einen jüngst vorgefallenen berühmten Proceß gegen die Politik des Kanzlers auszunutzen und endlich den vorliegende Antrag Windthorst zu stellen. Wir kennen aber die Kämpfe der ultramontanen Partei, die von Tag zu Tag schwächer und verzweifelter werden. Sie sprechen davon, daß die kriegerische Politik des Kanzlers Deutschland nie werde zur Ruhe kommen lassen, während doch die im genannten Processe verlesenen Actenstücke der geheimsten Art unverkennbar dargethan haben, daß dieselbe eine eminent friedfertige ist, und daß sie vor Allem nie daran gedacht hat, sich in die innere Gestaltung der Geschicke in Frankreich irgendwie einzumischen (Sehr wahr! und Wiederspruch.) Und das sage ich Ihnen: Ihre erbitterten Angriffe gegen den Kanzler und seine Politik, welche die große Mehrheit der Nation und dieses Haus für sich hat, werden etwas ganz anderes erreichen, als Sie damit bezwecken, sie werden nur dazu beitragen, das Vertrauen des Volkes und der Nation zu den Leitern ihrer Politik zu stärken und das zu zerstören, was Sie wollen, (Bravo! und Widerspruch.); denn der Zustimmung der ganzen Nation ist eine Politik, die sich in dieser Richtung bewegt, für alle Zeiten sicher. (Wiederholter Applaus der „liberalen" Parteien. Zischen im Centrum.)

Abg. v. **Kardorff** beantragt über den Antrag Windthorst eine namentliche Abstimmung.

Zur Unterstützung dieses Antrages erhebt sich fast das ganze Haus.

Die Discussion wird geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung ergreift das Wort

Abg. **Windthorst.** Durch Schluß der Debatte ist mir leider eine Zurückweisung der Angriffe des Abg. v. Bennigsen abgeschnitten. Ich bemerke aber, daß ich mich nirgendwo und nirgendwie für einen eminent politischen Mann gehalten habe. (Große Heiterkeit!) Ich habe nur Thatsachen vorgebracht, begreife aber, daß der Vorredner daraus Veranlassung nahm, in der gegenwärtigen Krisis das zu thun, was er gethan hat. (Unterbrechung! lins. Zustimmungsrufe im Centrum. Ruf: Persönlich! Große Unruhe!)

Präsident: Ich ersuche den Redner, sich in den Grenzen einer persönlichen Bemerkung zu halten.

Abg. **Windhorst.** Wenn man in einem solchen Momente ausgeschlossen wird, ist es unmöglich, darauf gehörig zu antworten. (Unterbrechung. Große Unruhe.)

Präsident. Ich ersuche den Redner nochmals, sich innerhalb der Grenzen zu halten. Die Discussion ist geschlossen.

Abg. **Windthorst.** Ich habe nicht über die Person, sondern über die Handlungsweise des Reichskanzlers gesprochen. (Heiterkeit. Unruhe.) Ja, darin liegt allerdings ein großer Unterschied. (Rufe: Nein!) Die Handlungsweise kann ich tadeln, und ich habe diesen Tadel auch begründet; es war dies auch ganz in der Ordnung. Wäre ich jetzt noch zum Wort gekommen, würde ich den Tadel noch weiter und vollständig begründet haben. (Bravo! im Centrum!)

Für den Fonds stimmen geschlossen die conservativen Parteien und die Nationalliberalen. Auch von der Fortschrittspartei werden nur Stimmen mit „Ja" abgegeben; unter diesen sind auch die Abgg. Frhr. v. Hoverbeck und Dunker, während Abg. Richter (Hagen) „an die Luft geht". Mit „Nein" stimmen folgende Abgeordnete:

Frhr. v. Aretin (Ingolstadt). Graf Ballestrem. Bernards. Graf Bissingen. Bock. v. Brenken. Brücke. v. Buß. v. Biegeleben. Graf Chamaré. Dieder. v. Donimirski. Edler. v. Forcade de Biaiz. v. Frankenstein. Franssen. Graf Galen. Beide Grosmann. v. Grote. Grütering. Haanen. v. Hafenbrädl. Hamm. Hartmann. Hauck. v. Heeremann. Beide Grafen Hompesch. Horn. v. Kleinsorgen. Kochann. Koellerer. v. Kozlowski. Kraetzer. v. Landsberg-Gemen. Lender. Lieber. Liebknecht. Lingens. v. Ludwig. Mayer (Donauwörth). Merkle. v. Miller. Mottcler. Moufang. Graf Nayhauß. Nieper. v. Parzewski. Pfafferott. Graf Praschma. Fürst Radziwill. Prinz Radziwill. Beide Reichensperger. Rudolphi Rußwurm. Senestrey. Simonis. v. Soden. Sonnemann. Graf Stolberg-Neuwied. Strecker. Triller. Ulrich. Graf Waldburg-Zeil. Weiß. v. Wendt. Windthorst. Zietkiewicz. v. Zu-Rhein.

(Abg. **Liebknecht** giebt sein Votum mit dem Wort ab: „Für diesen Fonds stimme ich nicht! Nein!")

Das Resultat ist die Bewilligung des geheimen Fonds mit 199 gegen 71 Stimmen, was mit Beifall seitens der „Liberalen" aufgenommen wird.

Die Fortschrittspartei wiederholte dasselbe Manöver, welches sie beim Expatriirungsgesetze zur Anwendung brachte. Um keinen Dissensus in der großen „liberalen" Partei zu Tage treten zu lassen, „drückten" sich diejenigen, welche kein „Ja" über ihr Gewissen bringen konnten, z. B. der Abg. Richter, der seine berühmte Rede im preußischen Abgeordnetenhause doch nicht desavouiren konnte. Bald nach der Abstimmung erschien Fürst Bismarck im Saale; da er die Galauniform trug (er trug sich nachher mit dem gewohnten Interimsrock), so kam er jedenfalls direct aus dem Conseil. Er begrüßte den Präsidenten v. Forckenbeck mit einem Händedruck, der allseitig als Besiegelung der Versöhnung zwischen ihm und dem reumüthigen Hause aufgefaßt wurde, und hatte dann eine längere und lebhafte Unterredung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Pfretzschner.

In der heutigen Morgensitzung wurde nach der Debatte über die geheimen Fonds die dritte Berathung des Reichshaushaltsetats nebst den zugehörigen Finanzgesetzen mit großer Schnelligkeit zu Ende geführt. Einen neuen Beweis seiner Versöhnlichkeit gab das Haus dadurch, daß es die bei der zweiten Berathung mit zwei Stimmen Majorität angenommene Resolution, betreffend die Vereinigung des sächsischen Militäretats mit dem preußischen, jetzt mit großer Majorität fallen ließ. Die Regierung ihrerseits erklärte ihre Zustimmung zu der beschlossenen Erniedrigung der Matricularbeiträge, und so gelangte denn das Etatsgesetz für das Reich unter allseitigem Wohlgefallen zur Annahme. — Demnächst wurde die gestern Abend abgebrochene Berathung des Etats für Elsaß-Lothringen wieder aufgenommen. Der Etat der Verwaltung des Innern erlangte ohne bemerkenswerthe Debatte gemäß den Anträgen der Commission die Genehmigung des Hauses; dagegen entspann sich bei dem Etat der Verwaltung der geistlichen Angelegenheiten eine Debatte über die Succursalpfarreien. Die Commission hatte auf Anregung des Abg. von Schulte beantragt, dem Reichskanzler die nöthigen Schritte zur Umwandlung dieser Pfarren in definitiv besetzte Stellen anzurathen. Herr v. Schulte motivirte diesen Antrag, um auch die Unterstützung des Centrums zu gewinnen, in sehr vorsichtiger Weise, indem er nicht den Weg der einseitigen Gesetzgebung nach preußischem Muster, sondern den der Vereinbarung mit den Bischöfen von Straßburg und Metz in Aussicht stellte. Ein Theil des Centrums, für welchen Abg. Prinz Radzwill (Beuthen) das Wort ergriff, glaubte trotzdem dem Ding nicht trauen zu dürfen, während ein anderer Theil mit den Abgg. Windthorst und Reichensperger (Crefeld) die Zustimmung zu der Umwandlung der Succursalpfarreien in ordnungsmäßigem Wege durch Annahme der Resolution ausdrücken wollte. Als aber der Berichterstatter erklärte, daß in der Commission über das „Wie" der Erledigung dieser Frage gar nicht verhandelt sei, also Abg. v. Schulte gar nicht im Namen der Commission gesprochen habe, reducirte sich die Zahl der Centrumsmitglieder, welche für die Resolutionen stimmen wollten; Abg. Windthorst sprach sich nunmehr gegen dieselbe aus, da ihm nicht jeder Weg zur Erreichung des auch von ihm gewünschten Zieles recht sei. — Beim Etat des Unterrichts gelangte eine Resolution, welche die Bewilligung eines Zuschusses für die Universität in Straßburg aus Reichsmitteln befürwortet, mit großer Majorität zur Annahme. Abg. Dr. Westermayer erklärte, daß nach seiner Ansicht das Reich die Kosten für die zu Zwecken der Reichspolitik gegründete Universität eigentlich ganz tragen solle, und gab den „Liberalen" zu bedenken, daß man durch die anticonfessionelle Richtung, welche die Politik bei der Errichtung der Universität sowohl wie auch sonst verfolgt habe, die Herzen der Katholiken und sehr vieler gläubiger Protestanten niemals gewinnen könne. — Heute Abend wird die Etatsberathung fortgesetzt.

Berlin, 19. Dez. Um jeden Preis wollte und sollte der Reichstag mit dem Landeshaushaltetat für Elsaß Lothringen fertig werden, um schon heute die Weihnachtsferien beginnen zu können. Es ist ihm das gelungen, aber nur durch eine übergroße Beschleunigung der Berathung und durch eine Schlußmacherei, welche als eine unstatthafte Verkümmerung der Redefreiheit bezeichnet werden muß. Zunächst wandte man den Kunstgriff an, daß nicht über jeden Titel des Etats, wie es sonst gebräuchlich ist, sondern gleich über eine ganze Gruppe die Discussion eröffnet und geschlossen wurde. Es kam wiederholt vor, daß ein Abgeordneter, der bei Aufrufung eines Titels das Wort verlangte, vom Präsidenten erst belehrt werden mußte, daß die Discussion bereits stattgefunden habe. So wäre auch der Abg. Reichensperger gestern Abend beinahe vom Wort ausgeschlossen worden, wenn nicht der Bundescommissär die Debatte wieder eröffnet hätte. Noch ärger war die Manipulation, mit welcher man heute die elsaß-lothringischen Abgeordneten von der Debatte auszuschließen suchte. Gestern Abend war nämlich darüber geklagt worden, daß die Elsaß-Lothringer sich von der Berathung ihres Landesetats fern gehalten; heute vor der Sitzung hieß es nun, daß ein Elsäßer in der Generaldiscussion das Wort ergreifen wolle, während von den „Liberalen" Niemand sprechen werde, da man à tout prix um 1 Uhr fertig sein wolle. Es meldete sich auch in der That der Abg. Dr. Simonis beim Präsidium zum Worte. Es war nicht möglich, denselben von der Tribüne auszuschließen, wenn nicht vorher ein anderer Redner das Wort ergriff und nach demselben die Debatte geschlossen wurde. Diese Rolle übernahm der Abg. Dr. v. Schulte; er brachte einige unbedeutende Sätze über Justiz und Administration vor, die mit der Generaldiscussion des Etats ziemlich wenig zu schaffen hatten, und das löbl. Haus schloß dann sofort die Debatte.

Der Zweck dieses nicht sehr hübschen Manövers wurde aber doch nicht ganz erreicht, denn Abg. Simonis brachte einen Theil seiner Rede in der Specialdiscussion an, und als ihm dort vom Präsidenten das Weiterreden unmöglich gemacht wurde, trug er den Rest bei Berathung des Etatsgesetzes vor. Die Signatur der letzten Sitzungen liegt sehr hübsch in einer Wendung des „liberalen" Referenten Miquel ausgedrückt. Als das Haus unter Leitung des zungenfertigen Vicepräsidenten v. Stauffenberg so schnell, als die Nummern nur aufgerufen werden konnten, eine Position nach der andern bewilligte, unterbrach plötzlich der Referent den Lauf der Bewilligung mit den Worten: „Ich erlaube mir zu dieser Position einige Bemerkungen, damit das Haus wenigstens weiß, was es beschließt." Wenn ein Ultramontaner diesen sehr richtigen Zweifel an dem Selbstbewußtsein des Hauses ausgesprochen hätte, wäre er wahrscheinlich einer Censur nicht entgangen.

In der gestrigen Abendsitzung betheiligte sich das Centrum lebhaft an der Etatsberathung. Beim Etat der Unterrichtsverwaltung trat Abg. Prinz Radziwill gegen die Unification und Centralisation des Unterrichtswesens ein und führte aus, daß man in der Organisation desselben den Verhältnissen und Bedürfnissen der einzelnen Länder Rechnung tragen und ihnen in der Art, wie es das französische Unterrichtsgesetz angestrebt, die Selbstverwaltung überlassen müsse. Abg. Duncker, welcher das Studium der elsässischen Angelegenheiten oder wenigstens das Reden über dieselben mit besonderem Eifer zu betreiben scheint, erklärte sich trotz seines fortschrittlichen Standpunktes gegen Decentralisation und Selbstverwaltung und für das Unterrichtsmonopol im weitesten Umfange. Abg. Dr. Reichensperger (Crefeld) trat ihm in eindrucksvoller Rede entgegen; der Unterricht müsse sich nach den Bedürfnissen des Volkes richten, aber man dürfe nicht die Seelen dem Unterrichtsmonopol des Staates ausliefern. — Bei der Position von 45,000 Mark für den Landesausschuß kritisirte Abg. Windthorst die formellen Mängel des Erlasses vom 29. Oktober, und stellte den Antrag:

„Den Reichskanzler aufzufordern, so bald als möglich dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen für Elsaß-Lothringen eine Landesvertretung hergestellt wird, deren Zustimmung bei jedem Landesgesetze und zur Feststellung des Landeshaushaltsetats erforderlich ist."

Abg. **Lasker** ereiferte sich sehr gegen diesen Antrag; er hielt die Erfüllung dieses Verlangens wegen der Protestpolitik der elsässischen Reichstagsabgeordneten für unmöglich und meinte, das Centrum suche die „Liberalen", welche den Reichslanden reelle Vortheile böten, mit unerfüllbaren Anträgen zu übertrumpfen. Abg. Windthorst sprach offen sein Bedauern aus über das Verhalten der Elsaß-Lothringer im Reichstage, aber gerade der Standpunkt dieser Abgeordneten berechtigt ihn zu der Hoffnung, daß sie in der Landesvertretung an der Gesetzgebung und Verwaltung sich betheiligen würden; die reellen Wohlthaten, welche der Reichstag den Reichslanden spende, seien ebenso wohl vom Centrum, wie von den „Liberalen" beschlossen worden, und der jetzige Antrag sei nicht ein auf den Mond ausgestellter Schein, sondern der Ausdruck dessen, was sich als unumgänglich nothwendig ergeben habe. Dem Abg. Duncker, der in diesem Antrage und ablehnender Haltung des Antragstellers zu dem mecklenburgischen Antrage eine Inconsequenz zu finden glaubte, konnte Abg. Windthorst mit vollem Rechte und in scharfer Form den Vorwurf der Inconsequenz zurückgeben, indem er zugleich erklärte, daß er hier wie beim meklenburgischen Antrag dafür sei, daß jedes Land sich sebst seine Verfassung gebe; da Bundesrath und Reichstag nun einmal die legalen gesetzgebenden Factoren für Elsaß-Lothringen seien, so sollten und müßten sie dem Lande die Verfassung geben. Die Herren, welche seiner Zeit für den mecklenburgischen Antrag gestimmt hatten, scheuten jedoch die Zustimmung zu einem so mißliebigen Antrage mehr, als den Vorwurf der Inconsequenz, und so wurde denn die Resolution gegen das Centrum und die Polen abgelehnt. — Das Etatsgesetz gelangte gestern Abend in zweiter und heute in dritter

Lesung in der von der Commission beantragten Fassung, unter Zustimmung der Regierung, zur Annahme. In dasselbe sind Bestimmungen eingefügt, um die Schaffung der Geldmittel, welche die Regierung durch eine Anleihe aufzubringen vorschlug, in beschränktem Umfange durch Ausgabe von Schatzanweisungen zu beschaffen; das Gesetz, betreffend die Anleihe für Elsaß-Lothringen, wurde durch Annahme dieser Bestimmungen beseitigt. Abg. Dr. Simonis ergriff in der heutigen Morgensitzung zunächst zu dem Etat der Unterrichesverwaltung das Wort, um mit statistischen Daten die Klagen über die Revolution des Schulwesens zu belegen; als man auf „liberaler" Seite seinen Angaben zu widersprechen wagte, forderte er die Herren auf, nicht aus den officiellen Berichten, sondern durch Autopsie sich zu belehren; unter 100 Dörfern würden sie 99 finden, in denen man sich allgemein darüber beklage, daß die Kinder so wenig lernen. Weniger glücklich war der Redner, als er beim Etatsgesetz sich und seine Freunde gegen die gestrigen Angriffe auf ihr Verhalten im Hause zu vertheidigen suchte. Der Abg. Lasker trat gegen ihn auf. — Nach Erledigung des Etats für Elsaß-Lothringen vertagte sich das Haus bis Donnerstag, 7. Januar k. J.

---

* Zur Uebersicht.

— Nachdem seit einigen Tagen in **Spanien** die Waffen wieder ruhen, beginnen um so mehr die Federn sich zu rühren. Aus Anlaß des 17. Geburtstages Don Alfonso's nämlich richteten, wie der „Post" aus Spanien mitgetheilt wird, einige spanische Granden eine Adresse an den Sohn Isabella's, in welcher Letzterer als „legitimer König" bezeichnet und der unverbrüchlichen Treue der Adressanten versichert wird. Die Unterzeichner der Adresse lassen sich bei ihrem Schritte, wie sie versichern, nicht nur von dem Gefühl der Zuneigung, sondern auch von dem „Gebot der Ehrlichkeit" leiten, der Ehrlichkeit, welche ihnen ihre Vorfahren zugleich mit ihrem stolzen Namen überliefert haben. Die Person Alfonso's und seine Mission scheine ihnen, heißt es weiter, bei der gegenwärtigen traurigen Sachlage um so heiliger, als an ihn, den schuldlosen Jüngling, das Unglück in seiner herbsten Gestalt herantrete; anderseits werde der Wechsel des Glückes, das ihn an den Stufen des Thrones geboren, in der Verbannung habe erzogen werden lassen, ihm als Lehrmeister dienen. Anderseits habe sein persönliches herbes Mißgeschick ihn durch gemeinsames, gleichartiges Unglück den Herzen der Spanier um so inniger verkettet. Mit rühmenswerthem Eifer und Erfolg habe Don Alfonso in Frankreich und Oesterreich den ihm nothwendigen Studien obgelegen, und geben die Unterzeichner ihrer großen Freude darüber Ausdruck, daß Alfonso jetzt, an der Grenze des Mannesalters stehend, seinen Blick den kriegerischen Wissenschaften zuwende. In England, jenem Lande, dessen Verfassung ein Muster monarchisch constitutioneller Sitten darbiete, werde jetzt „Se. Majestät" das Glück und die Kraft erkennen und schätzen lernen können, die eine Monarchie darbiete, in der jene fast kindliche Liebe und die fast religiöse Verehrung unterhalten werde, welche Souverain und Unterthan verkette. Die Adresse schließt mit den besten Segenswünschen für Alfonso und dem Ausdruck der festen Zuversicht, daß derselbe bald als seines königlichen Namens würdiger Fürst da stehen werde.

Nach einem Privattelegramm der „Frkf. Ztg." wird die Antwort des Prinzen am 22. d. M. erfolgen; sie verspricht die Gewährung einer durchaus liberalen Constitution und die Wahrung der Unabhängigkeit des Staates gegenüber der Kirche.

— Die Köln. Ztg. bringt ein Telegramm, nach welchem auf den mecklenburgischen Brigg „Gustav" von den Carlisten trotz aufgehißter deutscher Flagge in der Bucht Guetaria geschossen wurde 2c. Die Ladung ist in den Händen der Carlisten; ein Parlamentär wurde abgeschickt.

— Minghetti erklärte im Senat auf Anfrage, er werde darnach trachten, die Steuern in Einklang mit der Steuerkraft des Landes zu bringen und in Kirchenangelegenheiten eine den Landesbedürfnissen entsprechende Politik zu befolgen (von einer Parforcejagd auf die Schwarzen will er also nichts wissen).

— In **Ungarn** hält Sennyey seine Zeit für gekommen; bei nächster Gelegenheit wird er in einer großen Rede sein Programm entwickeln, damit bei den bevorstehenden Wahlen die Conservativen unter seiner Fahne kämpfen und siegen können.

— Die Aeußerung des Kaisers von **Oesterreich**, man müsse den Zusammentritt der österreichisch-ungarischen Delegationen möglichst lange hinausschieben, denn es könnte leicht im März in Ungarn eine Katastrophe eintreten, macht den Politikern dies- und jenseits der Leitha viel Kopfverbrechens, kann sich aber leicht auf die finanzielle Krisis beziehen, der Ungarn mit Riesenschritten entgegengeht.

— Die Studentenunruhen in **Petersburg** werden den Professoren theilweise in die Schuhe geschoben; jetzt ist der Frieden wieder hergestellt; es gibt aber freilich auch einen Kirchhofsfrieden.

— Nach einem officiösen Waschzettel, der eine Appellation von Seite Arnim's für wahrscheinlich hält, wird voraussichtlich auch der Kläger appelliren. „Es wird dann alles davon abhangen, ob die höhere Instanz auch nur die rein technisch-juristischen Gründe (sic!) gelten lassen wird, wie das Stadtgericht."

— Die Nordd. Allg. Ztg." berichtet von einem geplanten, aber entdeckten Attentat (gegen den Fürsten Bismarck). Die Geschichte fiel vor im September 1873. Wir werden in der nächsten Nummer darauf zurückkommen; natürlich die Ultramontanen sind wieder der Sündenbock in den Ausführungen der officiösen Blätter — um Logik und Anstand braucht man sich nicht zu kümmern.

— Die Landeszeitung bringt folgende überraschende Nachricht:

„Bühl, 20. Dec. In der gestrigen Sitzung des Bezirksraths, in welcher der großh. Landescommissär Herr Ministerialrath Eisenlohr den Vorsitz führte, wurde gegen den Bürgermeister von Bühl, Karl Hug, wegen Widersetzlichkeit gegen die Anordnungen der Staatsgewalt Dienstentlassung ausgesprochen."

Ueberraschend nannten und mußten wir diese Nachricht nennen; denn wie wir in unserer Nummer vom Freitag für jeden Unbefangenen klar nachwiesen, hat Hr. Bürgermeister Hug auch nach der Ministerialentschließung nur das gethan, was das Ministerium selbst in Zukunft nicht als incorrect hinstellt. Der Bezirksrath hat übrigens nicht als der Letzte gesprochen, es gibt noch höhere Instanzen.

---

* Die unabhängige Presse

hat gegenüber den Reptilien einen sehr schweren Stand. Dieselben sind eine wahre Landplage geworden, und hätten sie in den Tagen der Pharaonen existirt, so wären die zehn Plagen Aegyptens um eine vermehrt worden. Dieselben haben die rühmenswerthe Aufgabe, Allem, was von gewisser Seite geschieht, dicke Weihrauchwolken aufsteigen zu lassen — der Weihrauch ist zum Voraus schon präparirt und es bedarf bloß einer glühenden Kohle, um alsbald den Dampf wahrnehmen zu können. Die deutschen und freiheitlichen Juwelen, wie der Nationalliberalismus und die „Reichsfreundschaft" sie geschliffen hat, dürfen nicht angetastet werden. Die ausländische Presse hat freilich oft andere Ansichten —; aber nach dem Strand der Seine und der Donau wird ein kalter Wasserstahl geleitet — und das Gleichgewicht ist wieder hergestellt.

Dagegen ist John Bull viel schwieriger zu behandeln. Die „Frkf. Ztg." schreibt:

„John Bull hat weder angeborenen noch anerzogenen Respect vor den Officiösen, und außerdem ist er äußerst kitzlich im Punkte der Preßfreiheit, das ist der gleichen Berechtigung für Alle, über Alles offen heraus ihre Meinung zu sagen. Nun hat aber gerade um deßwillen das Urtheil der englischen Presse eine so große Bedeutung, wird es sogar, wie das natürlich, von Denjenigen, die sich einer gleichen Preßfreiheit nicht zu erfreuen haben und aus den Organen ihrer Presse entweder nur die Stimme einseitiger Parteirichtung oder die Pfeife der angestellten Vogelsteller heraushören, vielfach überschätzt, daher ziehen die deutschen Reichstrabanten den Engländern gegenüber andere Saiten auf. Nicht eine „Nordd. Allg. Ztg." schnauzt sie an, sondern ein äußerlich unabhängiges Blatt, wie die „Kölnische Zeitung", die sich bei jeder Gelegenheit ihrer „anatomischen Unschuld" rühmt, liest ihnen ein Collegium, wie ein deutscher Professor, mit allen Höflichkeiten, aber auch mit allem eingefrorenen Dünkel und aller unverfrorenen Kunst, zu demonstriren, daß schwarz eigentlich grau und dieses annähernd weiß sei."

Die angesehensten englischen Blätter (Daily News und Saturday Review u. s. v. A.) wollen nun diesen Orakeln nicht recht trauen und bringen fortwährend Notizen und Artikel über die deutschen Preßverhältnisse. Nach ihren Ansichten geht man noch lange nicht in allen Staaten diesseits des Oceans in der Behandlung der Preßverhältnisse von dem Grundsatze Friedrichs II. aus, daß „Gazetten, wenn sie interessant sein sollten, nicht genirt werden müßten".

Der Theil, welcher immer und überall mit der Regierung geht und läuft oder ihr nachhinkt, fühlt sich zwar sehr wohl. Aber John Bull ist nicht so kindlich naiv, unter Preßfreiheit blos die Licenz für Gutgesinntheit und systematisches Einschreiten gegen oppositionelle Kundgebungen zu verstehen (cf. Strafanträge bis gegen 800 von einer einzigen Person). „Das ist nun, so verkündet die Kölnerin mit höfisch vornehmer Leichenbittermiene, Alles unverzeihlicher Irrthum, entsprungen aus Unkenntniß unserer Verhältnisse und genährt durch das perfide Manöver der ultramontanen und sonstigen oppositionellen Presse, die Gracchen zu spielen und über Bedrückung zu klagen, Kniffe und plumpe Manöver" und wie die Litanei in dem strafenden Zurechtweisungslexikon der Weltdame am Rheine noch heißen mag.

„Freilich in England werden eben nicht täglich Preßprocesse angestrengt, in England gehören Strafantragsformulare nicht zur Ausstattung der Minister-Cabinette, und doch ist in England eine Opposition, die es mit der That wie mit dem Wort noch weniger genau nimmt, wie diejenige anderer Staaten. Sie greift in dem Parlament die Politik des jeweiligen Ministeriums sei es als eine kriegerische, sei es als eine den Ruf des Landes durch Feigheit gefährdende an, und es fällt Niemanden ein, ihr das Brandmal des Staatsverbrechens aufzudrücken; sie kritisirt und geißelt die Verwaltung in der Presse auf die derbste Weise, ohne in der Wahl der Ausdrücke wählerisch zu sein; es antwortet ihr wer will, nur nicht der Staatsanwalt und das Strafgericht, und das Land befindet sich wohl dabei, die öffentliche Kritik dringt in die dunkelsten Winkel und wenn sie dort Schlimmes aufdeckt, so kann das nur zum Besseren führen."

Diesen Maßstab legt die englische Presse an die unsrige an — und so kommt sie natürlich zu den von uns angegebenen Schlußfolgerungen. „Ein Hauptmotiv aber für das englische Urtheil über unsere Preßzustände bildet die häufige Erklärung deutscher Oppositionsblätter, daß sie nicht in der Lage seien, englische Urtheile über unsere Verhältnisse wiederzugeben und zwar um deßwillen nicht, weil ihnen die Wiedergabe strafrechtliche Verfolgung einbringen werde. In England würde Jeder ausgelacht werden, der sich eine gleiche Reserve in Bezug auf ausländische Besprechungen der dortigen Verhältnisse auferlegen wollte, und wenn erst die Engländer einen Blick auf dasjenige werfen, was bei uns auf diese Weise der Selbstcensur anheimfällt, da sollen sie uns mitsammt unserer Preßfreiheit nicht bedauern? Die „Frkf. Ztg." schreibt in eigener Angelegenheit: „Es sind noch nicht zwei Monate her, daß uns wegen eines aus dem englischen „Spektator" übersetzten Resumé's über den „Cultur-Kampf" der Prozeß gemacht und der Redakteur dieses Blattes verurtheilt wurde. Wegen des Abdrucks eines Artikels aus dem „New York Herald", an dem wir Censur geübt haben, während die Kölnerin ihn mit den von uns gestrichenen Stellen brachte, hat uns Fürst Bismarck verklagt. Die Kölner Collegin darf also höchstens, wie das schon oben bemerkt wurde, auf ihre Preßfreiheit pochen. Was Wunder, wenn wir wiederholt seit Wochen die Aufnahme englischer Urtheile einer Berathung innerhalb der Redaktion unterzogen haben und in den meisten Fällen der Beschluß folgte: Das geht über das Maß des einem oppositionellen Blatte Gestatteten hinaus, verzichten wir darum auf die Wiedergabe, um unser schon hochangelaufenes Sünden-Register nicht noch mehr zu belasten."

Das ist ein Gebot der einfachen Klugheit. Vergegenwärtigen wir uns dagegen die Erklärung der „Nat. Ztg.", die Staatsbehörde könne, wenn sie wolle, die liberalen Blätter fast für jede Nummer wegen eines Vergehens gegen den §. 166 des Strafgesetzbuches (Religionsspottung 2c.) den Proceß machen lassen, so wird uns der große Unterschied der Lage gegenüber der unabhängigen Presse sofort in die Augen springen. Der Leser, Abonnent und Correspondent können daraus ihre Schlüsse ziehen. Weder sensationslustige Laune, noch Sucht nach derben Kraftausdrucken noch Begierde nach strammer Haltung dürften in dieser Hinsicht den goldenen Mittelweg verschmähen lassen.

Deutschland.

Karlsruhe, 21. Dez. Das heutige Gesetzes- und Verordnungs-Blatt Nr. 60 enthält: Eine Bekanntmachung des Handelsministeriums: das Betriebsreglement für die Eisenbahnen Deutschlands betreffend und eine Verordnung des Finanzministeriums: die Belohnung der Steuerperäquatoren für Besorgung von Geschäften für Kreisverbände, Gemeinden, Staats-, Stiftungs- und standesherrlichen Verrechnungen 2c., sowie für Privatpersonen betreffend.

⨯ **Aus dem Kreise Karlsruhe**, 21. Dec. Der Zeitstrom des zu Ende gehenden Jahres hat manche liberale Anschwemmungen gebracht, von denen einige mit zäher Ausdauer ein längeres Dasein fristen, andere dagegen alsbald wieder verschwinden werden. Es soll hiermit den letzten Jahrestagen auch noch eine solche mitgegeben werden, die zwar nur eine locale Beziehung, dennoch aber für gewisse Kreise ein Interesse hat. Am 27. November machten

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

die Abgeordneten der Kreisversammlungen Karlsruhe und Baden der Kreis-Pflegeanstalt Hub einen Besuch. In Ottersweier, der Aussteigestation, fand gegenseitige Begrüßung statt; allein, weil der Tag sich bereits neigte und die noch zurückzulegende Fußtour Eile hatte, wurde von namentlicher Vorstellung der Kreisabgeordneten Umgang genommen. In Gruppen, wie sie gerade der Zufall zusammenführte, trat man die Wanderung an. Ein Abgeordneter der Kreisversammlung Baden entwickelte unterwegs eine große Gesprächigkeit — natürlich über die neue Kreis-Pflegeanstalt Hub. Wohl in der Voraussetzung, daß unter den mitwallenden Kreisabgeordneten keiner sein werde, der gegen die Errichtung der Anstalt seine Stimme abgegeben, und in weiterer Voraussetzung, daß ganz sicher kein „Schwarzer" diesem Institut der reinsten Humanität sich nahen werde, ließ der Betreffende seiner Zunge freien Lauf und schüttete in ungenirtester Weise seine Hubsansichten aus. Er referirte u. A. auch, daß er in Anbetracht der gesunden Lage, sowie wegen des höchst humanen Zweckes sein „Ja" freudig zum Ankauf der Hub gegeben habe. Allein das waren die Motive noch nicht alle. Denn im tiefen Schacht seiner liberalen Seele lag noch ein weiteres Motiv, das bei ihm ganz besonders schwer in die Wagschale fiel. Er gestand, wir wollen sagen mit naiver Offenherzigkeit, daß von ihm hauptsächlich auch noch aus dem Grunde für die Errichtung der Kreis-Pflegeanstalt gestimmt worden sei, damit aus dem Hubbad kein „Pfaffenstall" werde. Die liberale Angstseele hatte nämlich früher davon gehört, es wolle Herr Decan Lender das ganze Badanwesen kaufen, daher fuhr ihm der Schrecken von einem „Pfaffenstall" in die Glieder und dem Humanitätsinstitut gehörte bei der Abstimmung in der Kreisversammlung Baden sein — Ja! — Diese Begebenheit, so sich zutrug auf dem Wege zwischen Ottersweier und Hub und die ein nichtvermutheter Schwarzer brühwarm zu vernehmen das große Glück hatte, legen wir noch in den Schoos des sich abwickelnden Jahres und gedenken mit Rührung der Wahrheit des altbiederen Sprüchwortes: „Wenn Jemand eine Reise thut, so kann er was erzählen."

§ **Thiengen,** 19. Dez. In dieser Woche hat Kaplaneiverweser Balzer dahier unter Protest seine Dienstwohnung verlassen und eine Privatwohnung in der Nähe der zu erbauenden Nothkirche bezogen. Vom Großh. Bezirksamte waren ihm gesetzliche Zwangsmaßregeln angedroht und zwar auf seine eigenen Kosten, wenn er nicht innerhalb 6 Tage das Kaplaneigebäude räume. Derselbe wollte sich aber den Schmerz ersparen, daß er als badisches Landeskind, als Sohn eines vieljährigen subalternen bad. Staatsdieners, ausschließlich auf Großh. Lehranstalten unterrichtet, aus der ihm rechtmäßig übertragenen Stelle und Dienstwohnung mit legalem Zwange ausgewiesen werde, um einem Andern zu weichen, der vielleicht irgendwo in der Welt erst gewonnen werden muß und der weder mit unserm Lande noch mit unserer Erzdiöcese in geringster Beziehung steht.

Sollte aber Prof. Michelis selber Lust haben, sich in die Kaplanei einzulogiren, so darf er sich Glück wünschen, daß er es vom Professor in Preußen zum Nachfolger eines Kaplaneiverwesers in Baden gebracht hat.

M. **Säckingen,** 20. Dec. Ihre in Nr. 296 mitgetheilte Nachricht, die wahrscheinlich aus dem „Schwäbischen Merkur" stammt und aus einer halb officiösen Feder geflossen ist [doch nicht. D. Red.], hat sich bestätigt. Nach Erlaß großh. Ministeriums des Innern vom 17. l. M., der heute der kathol. Stiftungscommission durch großh. Bezirksamt in Abschrift zugekommen ist, wurde der altkatholischen Gemeinschaft hier überwiesen:

1) Die Friedhofscapelle nebst den dazu gehörigen Geräthschaften zum ausschließlichen Gebrauche;

2) die erledigte Cantoriecaplanei mit dem Caplaneihausbaufond und die gleichfalls unbesetzte St. Fridolinscaplanei mit dem dazu gehörigen Caplaneigebäude.

Der Alp, der seit Monaten die hiesigen Gemüther schwer drückte, ist nun beseitigt und athmen wir leichter auf. Wir wünschen jetzt nur, daß die Altkatholiken fleißig zum Gottesdienst gehen und die dargebotene Gelegenheit, sich auf den Tod gut vorzubereiten, wohl benützen. (Der Pole Pyska ist altkatholischer Pfarrer. D. R.)

E. **Freiburg,** 21. Dez. In diesen Tagen, wo die Steuerzettel wieder ausgetragen und Gemeindevorstandswahlen stattfinden werden, machen wir auf zwei große Uebelstände aufmerksam:

ad 1) Das offene Herumtragen aller Steuerzettel, das packetweise Abgeben derselben in großen Häusern und Fabriken scheinen uns nicht angemessen zu sein. Da wo eine Abgabe an die betreffende Person nicht möglich ist, wäre die Zustellung unter Couvert schicklich, ja allein entsprechend.

ad 2) Bei der Aufstellung von Wahllisten sollte man sich nicht damit getrösten, daß Jedermann dieselben durchsehen und verificiren könne. Das ist theoretisch richtig, ist aber in Wirklichkeit ein Bureaukratentrost. Das einzig Richtige wird sein, daß man mit Umsicht und Eifer die Listen so gut macht, als man kann, und daß brauchbare Individuen dazu verwendet und verschiedenes Material gesichtet und verglichen wird.

Unsere Steuerregister und jene über militärische Dienstpflicht sind umsichtig gemacht und befriedigen vollständig.

∴ **Von der badisch-hessischen Grenze,** 18. Dez. Im Verlaufe dieser Woche wurden den Steuerpflichtigen ihre Forderungszettel für 1875 von den Accisämtern zugestellt. An diesen Zetteln kann man recht gründlich den Fortschritt unseres vielgepriesenen Zeitalters studiren. Ein Steuerpflichtiger nämlich, der sonst 6 Mark bezahlte, wird im kommenden Jahre noch 3 Mark(?) mehr zum Staatswohl beitragen. Rechnet man den Zuwachs bei den Höchstbesteuerten aus, so ist die Summe sehr bedeutend. Nehmen wir beim geringen Mann die Gemeindeauslagen und Abgaben dazu, zählen wir ferner die Zinsen, die gewöhnlich Leute dieses Schlages für ihre Passiva zu zahlen haben, und denken wir uns den Fall einer Geschäftskrisis, so müssen wir das Loos dieses Mannes ein höchst gedrücktes nennen.

Aus **Münster,** 15. Dec., berichtet der „Westf. Merkur" über folgendes bemerkenswerthe Verfahren:

„Am 11. d. stand unser verantwortlicher Redakteur Dr. Winkler abermals vor Gericht, dreier Preßvergehen angeschuldigt, die er durch Beleidigung des Reichskanzlers und des Stadtgerichts von Berlin in der Arnim-Affaire begangen haben soll. Der Staatsanwalt citirte zur Motivirung seiner Anklage eine ganze Reihe von Artikeln des „Westf. Merk.", um dem Gerichtshofe den Beweis zu liefern, daß unser Blatt systematisch darauf hinarbeite, den Reichskanzler in den Verdacht zu bringen, er mische sich streitsüchtiger Weise in die Angelegenheiten fremder Mächte (Spanien) und reize zum Kriege. Dr. Winkler glaubte, auf eine Aeußerung über die zahlreichen angezogenen Artikel nicht eher eingehen zu können, bis ihm diese schriftlich bezeichnet seien. Die Staatsanwaltschaft stellte einen Strafantrag von einem Jahre Gefängniß zusätzlich zu der bereits gegen Dr. Winkler in erster Instanz erkannten Gefängnißstrafe von 6 Monaten. Das Kreisgericht beschloß, den Staatsanwalt zu veranlassen, er möge (Jetzt erst?) jene Artikel dem Angeklagten schriftlich anzeigen, und einen neuen Termin anberaumen. Gestern (14) nun erhielt Letzterer mit der Vorladung, auf den 18. d. eine Abschrift der citirten Stellen aus nicht weniger als 20 Nummern des „Westf. Merkur", zu welchem noch der Hinweis auf 7 andere Nummern gefügt war. Es sind nur Artikel, welche sich auf Spanien und dessen Verhältniß zu Deutschland beziehen.

Paderborn, 19. Dec. Der Bischof Martin von Paderborn ist auf den 5. Januar nach Berlin vor den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten geladen. (Er wird natürlich nicht erscheinen.)

Posen, 18. Dec. Der Exiner Decan, Probst Rynski in Gollantz ist wegen seiner Weigerung, über den päpstlichen Delegaten Auskunft zu ertheilen, auf Verfügung des Kreisgerichts in Wongrowice gefänglich eingezogen worden. Somit befinden sich bereits fünf Decane wegen dieser Angelegenheit in gerichtlicher Haft und zwar außer dem oben genannten die Decane Tafelski (Decanat Kröben), Krygier (Decanat Schrimm), Pagowski (Decanat Kempen) und Danielewski (Decanat Lekno).

Ausland.

* **Oesterreich.** Aus Prag wird eine wesentliche Besserung im Befinden des Excurfürsten gemeldet. Während der vorsichtige Cultusminister ungeahnte und kaum erhoffte Triumphe feierte, das Haus still und eilig das Budget bewilligte, war an eine Meinungsverschiedenheit zwischen Ministerium und Volksvertretung nicht zu denken. Durch die Abstimmung und die Annullirung der Wahlen des oberösterreichischen Großgrundbesitzes hat nun das Cabinet noch kurz vor der Vertagung eine kleine Niederlage erlitten, welche wohl ernstliche Folgen schwerlich haben wird, da der Monarch in diesem Falle das Ministerium sicher deckt, dennoch aber besondere Beachtung verdient. Obgleich die Führer der beiden gegenüber stehenden Parteien die Frage, ob den geistlichen Nutznießern ein Wahlrecht zustehe, für eine reine juristische erklärten, wird dem Beschluß des Hauses doch die politische Seite nicht abgesprochen werden können. Der Legitimationsausschuß hatte die Bestätigung der betreffenden Wahlen beantragt, und wenn das Haus auf Anstiftung des Dr. Herbst trotzdem diesen Antrag verwarf, so geschah es, weil dabei eine prinzipielle Frage mitspielt. Die Majorität der Verfassungstreuen will die geistlichen Nutznießer vollständig von dem Wahlrecht ausschließen, während die Regierung bemüht ist, nach wie vor mit den Katholiken enge Fühlung zu behalten.

Nach dem Programm des General-Commissariates des hl. Landes in Wien (Stadt, Franziscaner Platz Nr. 4) wird die jährliche Pilgerfahrt nach Jerusalem auch für die nächsten Ostern stattfinden. Die Bedingungen sind die früheren. Die Anmeldung hat vor dem 8. Februar zu erfolgen, und spätestens bis zum 18. Februar sind die Reisegebühren einzusenden; sie betragen (ab Triest und bisher zurück) für Diejenigen, welche auf dem Lloyd-Dampfer die zweite Classe wählen, 550 fl., für jene, welche die erste Classe benützen, 640 fl. in Silber. Am 28. Februar erfolgt die Abreise von Triest. Die Hinreise geht über Corfu, Syra, Smyrna, Jaffa. Die Rückreise von Caifa über Alexandrien.

Italien. Die italienische Deputirtenkammer ist in die Berathung des Einnahmebudgets für das Jahr 1875 eingetreten, welches nach dem Voranschlage Minghettis die Summe von einer Milliarde und 467,700,000 Lire erreicht. Das Deficit, welches im laufenden Jahre 135 Millionen betragen, soll bis zu 54 Millionen sinken, eine Berechnung, die aber stark bestritten wird. Es sind übrigens folgende Erträge veranschlagt: Grundsteuer in runder Summe 193 Millionen Francs, Einkommensteuer 191, Mahlsteuer 80, Geschäftssteuer 138, Eingangszölle 99, Monopole 158, Verzehrssteuer 62 Millionen. Dazu kommt das Lotto mit 90, Einnahmen des öffentlichen Dienstes 79, Domänenerträge 61, eventuelle Einnahmen und Rückstände 160 Millionen und noch einige kleinere Posten; endlich die Einnahmen aus dem Verkaufe von Kirchengütern außerhalb Roms 49 Millionen. Es wird abzuwarten sein, wie weit die wirklichen Einnahmen die veranschlagten Beträge erreichen, und ob die etwas rätselhaft bezeichneten „eventuellen Einnahmen und Rückstände" sich realisiren lassen werden.

Lokales.

† Epfenhofen, 18. Dez. Seit letzten Mittwoch den 16. d. M. wird täglich in unserer Nothkirche die hl. Messe gelesen. Durch die Opferwilligkeit eines Bürgers, der auch das Grundstück zum Kirchenbau hergab, ist es gelungen, für den Pfarrverweser ein einfaches Zimmer herzurichten, das er gestern bezogen hat.

∴ Von der badisch-hessischen Grenze, 21. Dec. In Ludwigshafen bei Mannheim ereignete sich am 8. d. M. als am Tage der unbefleckten Empfängniß Mariä folgender Vorfall: Mehrere katholische Maurer aus einem benachbarten Orte Badens führten einem Sodafabrikanten einen Bau auf. Keller waren bereits gegraben und gepflastert und auch die Mauern des Hauses waren zu einer beträchtlichen Höhe emporgestiegen. Zur Feierstunde geht der Meister nochmals mit der brennenden Laterne in den Keller, um zu sehen, ob Alles in Ordnung ist. Beim Heraufgehen nimmt ihm ein Arbeiter des Hauses, gebürtig aus Neckargemünd bei Heidelberg, das Licht ab, um, wie er sagte, seinen Wams im Keller zu holen. Doch kaum in die untern Räume hinabgestiegen, stürzt das Kellergewölbe ein und der Unglückliche war eine Leiche. Die Feiertagsschänder haben von diesem Tage nun den Gewinn, daß sie ihre Wochen dauernde Arbeit zu ihrem eigenen Schaden nochmals vorn anfangen dürfen. „Du sollst die gebotenen Feiertage halten", lautet das erste von den Geboten der katholischen Kirche.

In einem Dorfe unserer Gegend hatten die Einwohner bis vor zwei Jahren keine Umlagen zu bezahlen. In diesem Jahre entrichtete man 17 Kreuzer pro Hundert, im nächsten Jahre 1875 wird, statt 17 Kreuzer, eine Mark oder 35 Kreuzer zu bezahlen nothwendig. Gewiß auch ein Fortschritt!

Schwurgericht.

Offenburg. Bernhard Auber von Aichhalden, der Brandstiftung angeklagt, wurde freigesprochen. — Sylvester Hodapp von Kappelrodeck wurde der Beleidigung des Landesherrn angeklagt. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage, nahmen aber Unzurechnungsfähigkeit in Folge schwerer Betrunkenheit des Angeklagten zur Zeit fraglicher ungebührlichen Aeußerungen an. Es erfolgte deßhalb Freisprechung.

Mannheim. Anklage gegen Konrad Schramm und Maria Schramm von Spechbach wegen Verbrechens nach §. 173, Ziffer 1 des R.-Str.-G.-B. Der 67 Jahre alte verwittwete und schlecht beleumundete Angeklagte Konrad Schramm und seine 42 Jahre alte Tochter Maria Schramm, welche schon einmal von gr. Kreisgericht Heidelberg wegen gleicher Handlungen mit Arbeitshaus bestraft worden sind, wurden von den Geschworenen schuldig befunden, und es wurde gegen Konrad Schramm eine Zuchthausstrafe von einem Jahr und sechs Monaten, gegen seine Tochter eine Gefangnißstrafe von gleicher Dauer ausgesprochen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit von
Franz Hiß in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

C. A. Zeumer, Kürschner,

63 Langestraße 63, dem Polytechnikum gegenüber
empfiehlt sein reich assortirtes

Pelzwaaren-Lager

in nur selbstgefertigter, reeller und guter Waare zu ganz auffallend billigen Preisen.

8 **NB. Auswahlsendungen werden zugeschickt.**

Gicht-
und
Rheumatismus-Leidende

können nicht dringend genung auf das

Breslauer Universum

aufmerksam gemacht werden, welches **selbst in den verzweifelsten Fällen immer hilft.**

Beweis:

Herr **Gottfried Hornuff**, Hausbesitzer in Beyersdorf bei Neusalza schreibt: Herrn **Oscar Silberstein** in Breslau.

Meine Frau leidet seit etwa **einem Jahre** an der **Gicht**, hauptsächlich an den **Hand-** und **Fussgelenken** und **Fusssohlen**, welche **stark angeschwollen** sind. Die Anschwellung nahm derart zu, daß die Patientin schon seit **8 Monaten fast nicht mehr das Bett verlassen konnte** und es ist in letzterer Zeit noch merkliche **Anschwellung des Magens** und **fortwährende Appetitlosigkeit** dazu getreten. Noch ist zu erwähnen, daß auch Stuhl- und Wassergang ihr **Beschwerden** verursacht und sich zu Zeiten eine gewisse Aengstlichkeit bemerkbar macht. Da alle **ärztliche** Behandlung bisher leider ohne Erfolg war, so bin ich auf Ihre **grossen Heilerfolge aufmerksam gemacht worden** und bitte Sie um Zusendung Ihres **Breslauer Universums.**

(2 Monate später schreibt derselbe:)

Die Krankheit meiner Frau hat sich nach Verbrauch von zwei Flaschen Breslauer Universums **viel gebessert.** Der Magen ist nicht mehr angeschwollen, der Appetit zum Essen hat sich gefunden, Stuhl- und Wassergang ist in Ordnung und es hat sich auch keine Aengstlichkeit mehr bemerkbar gemacht.

(Anmerkung.) Langwierige, veraltete, tief im Organismus eingewurzelte Krankheiten aller Art, insbesondere Gicht und Rheumatismus, Lähmungen, Brust-, Lungen- und Magenleiden, Hämorrhoiden, Krebsschäden, Knochenfraß, Flechten und sonstige Hautausschläge, Frauenkrankheiten u. s. w., bei welchen bisher jede ärztliche Behandlung ohne Erfolg geblieben ist, werden durch den Gebrauch des Blut- und Säftereinigungsmittels

Breslauer Universum

sicher, schnell und für immer beseitigt. Bei veralteten Uebeln sind zwei, sonst nur eine Flasche à 2 fl. zur vollständigen Heilung ausreichend. Bestellungen darauf nimmt entgegen

Th. Brugier,
Waldstrasse 10 in **Karlsruhe.**

Höchst wichtig für Bruchleidende!

Das bewährte ächte Bruchpflaster, dem schon Tausende Genesung von schweren Bruchleiden verdanken, kann stets nur direct von Unterzeichnetem, die Dosis für fl. 3. 30 kr. bezogen werden. (Für einen neuen Bruch ist eine Dosis zur vollständigen Heilung genügend.) Bei der Expedition d. Bl. kann auch jederzeit ein Schriftchen mit Belehrung und vielen Hundert Zeugnissen bezogen werden.

Krüsi-Altherr,
Brucharzt in Gais, Kt. Appenzell (Schweiz.)

Die illustrirte Ausgabe von Shakespeare's Dramen.
Uebersetzung Schlegel und Tieck,
die sich unseren illustrirten **Göthe-** und **Schiller-**Ausgaben anschliesst, ist nunmehr vollständig erschienen und in gebundenen Exemplaren zu haben, Preis fl. 16. 48 kr., und eignet sich, ebenso wie jene, besonders zu **Festgeschenken.**

G. Grote'scher Verlag in Berlin.
Vorräthig in der **Literarischen Anstalt** in **Freiburg.**

Epilepsie,

Fall- und Tobsucht, Brust- u. Magenkrämpfe,
werden unter — **Garantie** — dauernd beseitigt.
Auswärts brieflich.

C. F. Kirchner,
Berlin N., Boyen-Straße 45,
früher Linden-Straße 66.
4

Pohl's illustr. kath. Hauskaender für 1875. gr. 8°.
Preis 6 Sgr.

Mit farb. Umschlag und 37 ganz vorzügl. Illustrat., darunter die Porträts der hochw. Oberhirten Preußens, 3 spannende Novellen, vielen andern Artikeln, Notizbuch, nützliche Tabellen. **Von allen kath. Organen sehr günstig beurtheilt. Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.**

Bei Franco-Einsendung des Betrages liefert franco 15.12.

Ed. Peter's Verlag in Leipzig.

Christbaum-Lichter

in **Wachs-** und **Paraffin,**

Wachsstöcke,

weiß und **gelb,** sowie **fein gemalt,** als **Kronen-, Oliven-** und **Bücherform, Kirchenkerzen, Stearin-** und **Paraffinkerzen** empfiehlt

W. Grimm,
Langestraße Nr. 19.

Stelle-Antrag.

Eine protest. Dame, Deutsche oder Französin, von liebenswürdigem Wesen und musikalisch, ungefähr 30 Jahre alt, wird als **Gesellschafterin** zu einer invaliden Dame gleichen Alters gesucht. Dieselbe wird zur Familie gehörig behandelt und erhält anständigen Gehalt. Näheres sub 151. Deutsche Universal-Agentur, Heidelberg.

Brettener Honiglebkuchen

in Herz- und Kandelform, sowie auch feine Leckerli, empfiehlt billigst

W. Grimm, Langestraße 19.

Stelle - Gesuch.

Eine ledige Frauensperson im Alter von 33 Jahren, welche einer Haushaltung zur Zufriedenheit vorstehen und gute Zeugnisse aufweisen kann, sucht eine Stelle in einem Pfarrhause.

Näheres zu erfahren bei der Exped. d. Bl. 2.2.

Hülfesuchenden & Kranken

senden wir **unentgeltlich** und **franco** die Schrift: Sichere und gründliche Heilung aller Krankheiten auf naturgemässem Wege. 20. Auflage.

H. Mundschwitz und C. Niebäcker
20.5 Buchdruckerei in Braunschweig.

Nohaschecks Universalbalsam von Gebr. Künstler in Mainz. Ein Hausmittel gegen fast alle Krankheiten. 8
In Flacons zu 1 fl. und in kleinen zu 30 kr. Allein ächt zu haben bei
Karl Malzacher in Karlsruhe.

Stellensuchende aller Branchen werden placirt.
Bureau „Germania", Breslau,
Reuschestraße Nr. 52.

In der Expedition des Bad. Beobachters sind zu haben:
Kalender für Zeit und Ewigkeit von Alban Stolz. à 9 kr.
Sonntagskalender. à 9 kr.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.

Dienstag, 22. Dez. **Rothkäppchen.** Dramatisches Kindermärchen in 1 Akt von L. Tiek. Musik von Hofmusikus Mohr. **Rataplan, der kleine Tambour.** Liederspiel in 1 Akt von Pillwitz. **Der gestiefelte Kater.** Weihnachtsmärchen in 1 Akt Musik von Mühldorfer. Anfang 5 Uhr.

Hiezu eine Beilage: Prospectus der in der **Herder**'schen Verlagsbuchhandlung in Freiburg erscheinenden illustrirte Monatschrift: **Die katholischen Missionen** betreffend.

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 21. Dez.

Staatspapiere.	pr. comptant.
Preußen 4½% Konsol. Oblig.	105⅝ b
4½% do.	— G
4% do.	— G
Baden 5% Obligationen	105½ G
4½% do.	101⅞ G
4% do.	98¾ G
3½% do. v. 1845	92 ½ G
Bayern 4½% Obl. (Rint 1855)	10[illegible]⅞ G
4½% „ 1856 8.½jäh.	10[illegible] G
4% „ „ 1jäh.	97½ G
Württemberg 5% Obligationen	105¾ G
4½%	102¼ G
4%	98¼ G
Nassau 4½% Obligationen	9[illegible]¾ G
3% ½ do.	94 G
Sachsen 5% do.	10[illegible]⅝ G
Gotha 5% do.	102½ B
Gr. Hessen 5% do.	98¾ G
4% do.	97 G
Oesterr. 5% Silberrente 8.	68¼ b
4% Papierrente 8.	— G
5% do.	63¾ G
5% Ung. G.-B. Stal. 1868	75 G
Rußland 5% Oblig. v. 1871	97⅞ G

Rußland 5% Obligationen v. 1872	98½ b
Belgien 4½% Obligationen	103 G
Schweden 4½% Oblig. in Thaler	99¾ b
Schweiz 4½% Berner Obligationen	99⅞ G
4½% „ „	99½ b
N.-Amerika 6% Bonds 1881r v. 1864	102½ G
6% „ 1885r v. 1865	100⅛ G
5% „ 1904r 10/40 1864	98¾ B
Spanien 3% neue Schuld von 1869	17¼ b
Frankreich 5% Rente. Fr. zu 28 kr.	100 B
do. leere.	G
Actien und Prioritäten.	
Badische Bank, 200 Thaler	115¾ G
3% Frankfurter Bank, fl. 500	142½ G
4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	338 G
3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 kr.	1046 b
5% do. Creditactien, fl. 160	242 G
Stuttgarter Bank	87½ G
5% Elisabethbahn, fl. 200	202½ b
5% Rudolphsbahn, fl. 200	155 G
4% Ludwigshafen-Bexbacher-E. fl. 500	182¾ G
4½% Bayerische Ostbahn, fl. 200	110⅞ G
4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	131 G
5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	323½ G

5% Oesterreichische Südbahn-Priorit.	86⅝ G
3% do.	49⅞ b
5% Elisabeth, Coupon i. Silb. 1. Em.	—
5% do. do. 2. Emiss.	83½ b
5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	— G
3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28fr.	63¾ G
5% Hessische Ludwigsbahn	103¾ B
5% Pfälzische Ludwigsb. (Bergbach.)	105 G
6% Central Pacific, rückz. 1898	80⅞ G
6% Pacific Missouri, r. 1888 v. 1868	76½ G
6% südl. Pac. Miss. r. 1888 v. 1869	56 G
Anlehens-Loose.	
Bayerische 4% Prämien-Anleihe	— b
4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	— b
Badische 35-fl.-Loose	71 G
Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	24 B
Gr. Hessische 50-fl.-Loose	— b
„ 25-fl.-Loose	— G
Kurhessische 40-Thaler-Loose	75 B
Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	14¾ b
Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	— G
„ 5% 500 do. do. 1860	109 B
„ 100-fl.-Loose do. 1864	169 B
Schwedische 10-Thaler-Loose	15½ b

Ausländer 10-Thlr.-Loose	12⅝ b
Meininger 7-fl.-Loose	10 b
Wechsel-Cours.	
Amsterdam k. S.	101⅛ b
Augsburg „	100 B
Berlin „	104⅞ G
Bremen „	105⅜ B
Brüssel „	95⅛ b
Hamburg „	105⅛ B
Leipzig „	105 B
London „	119⅞ B
Mailand „	86 B
Paris „	85⅛ b
Wien „	106⅜ G
Gold und Silber.	
Dukaten	fl. 9.41—43
Holländ. 10-fl.-St.	„ 9.50—52
Dukaten	„ 5.35—37
20-Frankenstücke	„ 9.30—31
Engl. Sovereigns	„ 11.56—58
Russ. Imperiales	„ 9.49 51
Dollars in Gold	„ 2.26—27

Druck und Verlag der Aktiengesellschaft Badenia: S. Grossmann, Faktor. Karlsruhe, Adlerstraße 18.